

Staatskünstler atmen auf: Jetzt können sie sich weiter getrost Orden verleihen lassen

Man braucht sie gar nicht alle aufzählen, diese mit ihren Namen eng am Staat haftenden (also namhaften?) Künstler, denn sie werden sich sowieso der Reihe nach melden, um ihrer Freude Ausdruck zu verleihen, daß sich nichts und wieder nichts, jedenfalls was ihre Belange angeht, ändern wird.

Kommentar von Unzensurix

Denn was wäre tatsächlich geschehen, säße nun dieser Gottseibeius Norbert Hofer in der Hofburg? Hätten dann all diese kunstbegabten Herrschaften & Innen auf ihre großen und größten goldenen, silbernen, bronzenen und dergleichen Ehrenzeichen der Republik verzichtet, obwohl sie doch andauernd einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Republik leisten, weil es ja nicht geht, daß so einer einem eine Auszeichnung verleiht?

Wenigstens steht kein Widerstand an

Jedenfalls eine verdammt schwierige Frage, die glücklicherweise niemand unserer hochverdienten (und durch den Staat hochverdienten) Kunstschaffenden ehrlich beantworten muß, obwohl wahrscheinlich jetzt solche Antworten anstehen würden, daß man in einem derartigen Falle mit Sicherheit in einen aktiven Widerstand gegen einen solchen Präsidenten getreten wäre...

Da man das nun nicht muß, wird ein positives Raunen durch die Kunstszene gehen, die nun weiß, daß sich ihr unabhängiger Präsident so dankbar erweisen wird, daß man ruhigen Gewissens jede nur erdenkliche staatliche Auszeichnung annehmen kann. Man hat ja, man erinnert sich wohl gerne an die Veranstaltung im Konzerthaus, mit allen künstlerischen Waffen gekämpft und aufgrund dieses wohl wahlentscheidenden Kampfes muß der neue Präsident ein wohlwollendes Auge auf die Kunst haben und wird wohl mit äußerster Dankbarkeit dementsprechend handeln.

Leider ein klitzekleiner Unsicherheitsfaktor

Hoffentlich schlagen nicht die bereits leicht zu bemerkenden Erinnerungsschwächen des neuen Präsidenten durch... und er vergißt plötzlich seine Künstler.

Unnötiges Theater um Wahlkarten

Das Chaos um die Wahlkarten-Stimmen wird zum großen Ärgernis dieser Präsidenten- Wahl.

Das unnötige Durcheinander begann damit, daß die Wahlkarten in Österreich – aus bisher nicht näher erklärten Gründen (am ehesten wohl weil die zuständigen Behörden am Sonntag nicht arbeiten wollen) – traditionell erst einen Tag zu spät, also montags, ausgewertet werden.

Das wird von Wahl zu Wahl immer mehr zum Ärgernis, weil es bedeutet, daß wir am Wahltag ein falsches oder – so wie diesmal – überhaupt kein Resultat und keine Entscheidung haben.

Ärger Nummer 2 besteht darin, daß die Wahlkarten immer mehr zur Fälschung und zur Manipulation verleiten.

Tatsächlich wird das Prinzip der Wahlkarten in Österreich viel zu lax gehandhabt. Keiner kontrolliert, ob sie der Besteller persönlich erhält, ob er sie wirklich selbst ausfüllt, ob er sie selbst einschickt.

Mittlerweile beginnen die Parteien (zunächst SPÖ und ÖVP, zuletzt auch schon die Grünen) eigene Wahlkarten-Offensiven zu starten, damit steigt der Manipulationsverdacht. Es soll Sektionen und Partei-Vereine, aber auch Initiativen geben, die Wahlkarten „en gros“ einsammeln und dann einsenden. Das hat mit Demokratie nichts zu tun.

Das Wahlkarten-Theater in Österreich ist in Wahrheit unnötig – das Wesen der Demokratie ist es, daß man seine Stimme an der Wahlurne abgibt.

Solange es noch keine Möglichkeit gibt, die Stimme elektronisch mit Fingerprint und absoluter Echtheits-Kontrolle abzugeben, sollte man auf das Wahlkarten-Theater verzichten.

Es macht die Wahlen in Österreich immer weniger verlässlich und immer fälschungsanfälliger. Und beides braucht kein Mensch ...

ZITAT

In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich das, egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt.

Egon Bahr

Nach Kern-Vorstoß: FPÖ gegen „Willkommenskultur Österreich reloaded“

„Österreich ist doch weder das Arbeitsamt der ganzen Welt noch deren Sozialamt. Das soll sich Christian Kern gleich mal hinter seine Ohren schreiben“, kommentiert FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl den Vorstoß von Bundeskanzler Kern, Asylwerbern rasch Jobs zu verschaffen.

Kern: Deutsches Modell „interessant“

In einem Standard-Interview kündigte Kern an, den Arbeitsmarkt für Asylwerber öffnen zu wollen. „Wir müssen gemeinsam überlegen, wie wir das beschleunigen können“, zitiert ihn das Blatt. Das deutsche Modell, gemäß dem Flüchtlinge bereits drei Monate nach dem Stellen ihres Asylantrags und nicht erst nach dessen Anerkennung eine Arbeit annehmen dürfen, bezeichnete Kern als „interessant“. Einer Reduktion der Mindestsicherung für Ausländer erteilt er eine Absage. Und dies ungeachtet leerer Kassen und der größten Massenarbeitslosigkeit der zweiten Republik.

Nein zu österreichfeindlichem Diktat

FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl reagiert erzürnt: „Spätestens jetzt weiß die österreichische Bevölkerung ganz genau, wohin die politisch-inhaltliche Kern-Reise wirklich hingehen wird - nämlich der neue Bundeskanzler mit dem neuen Bundespräsidenten Van der Bellen Hand in Hand zur Willkommenskultur Österreich reloaded. Zu so einem österreichfeindlichen Diktat des neuen Bundeskanzlers kommt von uns ein klares doppeltes Nein. Allein aufgrund der aktuellen Arbeitsmarktlage darf es für Asylwerber keinen Zugang zu Jobs geben“, stellt Kickl die Linie der Freiheitlichen klar.

Milliarden-Kosten für Ausbildung von Asylbewerbern

Für die Ausbildung der im vergangenen Jahr nach Deutschland gekommenen Flüchtlinge veranschlagen Regierungs-Experten Ausgaben bis zu drei Milliarden Euro pro Jahr.

Sollten 60 Prozent der Flüchtlinge dauerhaft bleiben, würden 2,2 Milliarden Euro für Kindergärten, Schulen und Berufsausbildung fällig, sagte der Pädagoge Kai Maaz am Donnerstag bei der Vorstellung des Bildungsberichts 2016 der Bundesregierung. Sollten 80 Prozent in Deutschland bleiben, würden sich die Kosten auf drei Milliarden Euro erhöhen. 2015 waren rund 1,1 Millionen Asylbewerber nach Deutschland gekommen. Die meisten sind jünger als 25 Jahre. Bundesbildungsministerin Johanna Wanka verwies darauf, daß laut Bildungsbericht der Abstand zwischen Schülern mit und ohne Migrationshintergrund in den

vergangenen Jahren abgenommen habe. Mit Blick auf die Flüchtlinge kündigte sie an, die Maßnahmen zur Integration würden ausgebaut. Ökonomen sind sich uneins, welche Wirkung die Investitionen haben. Manche Volkswirte verweisen darauf, daß die Ausgaben eine Art Konjunkturprogramm seien, weil die zugezogenen Menschen ebenso konsumierten und als Arbeitskräfte auch Steuern zahlten. Andere Experten sehen dies skeptisch und erwarten, daß eine Mehrheit der Immigranten nur gering ausgebildet werde und in der Arbeitslosigkeit lande.

Nach der Studie zählen ausländische Kinder nach wie vor überdurchschnittlich häufig zu den Verlierern im Schulwesen. Demnach erlangen ausländische Jugendliche mehr als doppelt so häufig wie ihre deutschen Mitschüler keinen Hauptschulabschluß. Dreimal seltener als Deutsche schaffen sie die Hochschulreife. Auch in der Berufsausbildung ist die Abbrecherquote 50 Prozent größer als die der Deutschen.

FÜR BILDUNGSERFOLG SOZIALE VERHÄLTNISSE AUSSCHLAGGEBEND

Nach der Bestandsaufnahme haben es auch deutsche Schüler mit Eltern ausländischer Herkunft nicht leicht. Sie sind in Haupt- oder Realschulen im Vergleich zu Gymnasien deutlich überrepräsentiert. Allerdings liegt dies laut Studie nicht hauptsächlich an dem Migrationshintergrund, sondern an den vergleichsweise begrenzten sozialen Verhältnissen der Eltern. Hier spielen Lebensverhältnisse an der Grenze zur Armut oder geringe Bildung von Mutter und Vater eine große Rolle.

Bei ähnlicher sozialer Herkunft sind die Anteile an den Bildungswegen bei Kindern mit und ohne Migrationshintergrund dagegen vergleichbar groß. Vor diesem Hintergrund waren sich Wanka und die Vorsitzende der Kultusministerkonferenz, die Bremer Senatorin Claudia Bogedan, einig: „Chancengleichheit ist und bleibt unser zentrales bildungspolitisches Ziel.“

Schlüsselqualifikation für eine erfolgreiche Schulkarriere ist der Studie zufolge die Beherrschung der deutschen Sprache. Deswegen spiele Sprachunterricht in der frühkindlichen Bildung eine zentrale Rolle. Allerdings hätten es viele Kinder, bei denen zu Hause nicht deutsch gesprochen werde, im Kindergarten schwer. Grund sei, daß über ein Drittel der Kinder aus Elternhäusern, in denen nicht deutsch gesprochen werde, in Kindergärten gehe, in denen die Mehrheit der Kinder auch kein Deutsch zu Hause spreche. In Ballungsgebieten geht demnach sogar jedes zweite Kind in einen Kindergarten, in dem die Mehrheit der Eltern dieser Vorschulkinder kein Deutsch beherrscht.

ZITAT

Notfalls darf man die Unwahrheit sagen.

Alexander Van der Bellen

400.000 Euro pro Jahr für 14 junge Flüchtlinge

Musterheim in Tirol

Sieben von insgesamt 14 männlichen, minderjährigen Flüchtlingen aus Afghanistan sind mittlerweile in ihrem neuen Zuhause in Zell am Ziller in Tirol angekommen. Rund 30.000 Euro Steuergeld pro Monat bekommt der gemeinnützige Verein menschen.leben. Zudem gibt es für die „Zeller auf Zeit“ Freizeit- und Taschengeld sowie Bekleidungs- und Schulhilfe.

„Für jeden dieser Flüchtlinge erhalten wir von der öffentlichen Hand 70 Euro netto am Tag“, erklärt Jörg Trobolowitsch, Pressesprecher von menschen.leben. Bei 14 Hilfesuchenden - die noch fehlenden sieben werden in den nächsten Tagen einziehen - ergibt das im Monat um die 30.000 Euro. „Dieses Geld verwenden wir für die Miete, die Betriebs- sowie die Personalkosten“, ergänzt Trobolowitsch im „Krone“-Gespräch.

Auch Taschen- und Freizeitgeld

Zusätzlich erhält der Verein weitere finanzielle Unterstützungen, die direkt an jeden einzelnen minderjährigen Hilfesuchenden ausbezahlt werden. „So etwa 165 Euro pro Monat Verpflegungsgeld, 40 Euro pro Monat Taschengeld und zehn Euro pro Monat Freizeitgeld“, schildert der Pressesprecher.

Auch eine Bekleidungshilfe von 12,50 Euro pro Monat sowie Schulhilfe in der Höhe von 200 Euro pro Jahr stehen den Flüchtlingen zur Verfügung. „Die bisher eingezogenen Afghanen sind zwischen 14 und 16 Jahre alt. Das bedeutet, dass auch Schulpflichtige dabei sind“, erklärt Trobolowitsch. Zudem werden jedem Flüchtling insgesamt 200 Deutsch-Einheiten finanziert. Ohne die Unterrichtsstunden macht das rund 33.500 Euro pro Monat bzw. über 400.000 Euro pro Jahr aus. Der Mietvertrag wurde für fünf Jahre unterzeichnet.

24-Stunden-Betreuung

Auch ein vorläufiges Betreuungskonzept wurde der Gemeinde bereits präsentiert. „Zwei Einrichtungsleiterinnen - davon ist eine für die Pädagogik und eine für die Administration zuständig, vier Betreuer am Tag, drei Betreuer in der Nacht, zwei Betreuer auf geringfügiger Basis sowie ein Zivildienstler sind für die private Einrichtung vorgesehen. Die Betreuung erfolgt 24 Stunden am Tag und 365 Tage im Jahr“, sagt Bürgermeister Robert Pramstrahler.

Daraus ergibt sich folgende Kostenaufstellung (ohne die Deutschkurs-Kosten) pro Monat:

- 30.000 Euro für Miete und Personal
- 2310 Euro Verpflegungsgeld
- 560 Euro Taschengeld
- 140 Euro Freizeitgeld
- 175 Euro Bekleidungshilfe
- 233 Euro Schulhilfe

Macht zusammen rund 33.418 Euro pro Monat oder 2387 Euro pro Bewohner im Monat.

Gemeinnützige Arbeiten

Dabei sorgen die Betreuer für einen klaren Tagesablauf. Die Minderjährigen kochen und putzen selbst, auch ihre Lebensmitteleinkäufe tätigen sie selbst. Ab dem 16. Lebensjahr dürfen sie gemeinnützige Arbeiten erledigen. „Ich kann mir vorstellen, dass wir sie zum Beispiel bei der Rasenpflege einsetzen werden - vorausgesetzt, sie wollen das“, teilt Pramstrahler mit.

Vom Verein menschen.leben hält der Dorfchef viel. „Ich konnte mir nicht aussuchen, ob ich das Projekt in Zell haben wollte. Wir müssen das nun gemeinsam in den Griff bekommen. Mit der Hilfe des Vereins fühle ich mich jedenfalls sicher.“ Sieben von 14 minderjährigen Flüchtlingen sind schon ins Chalet Gruber eingezogen. Das Haus wird an den Verein privat vermietet.

Ist Deutschland (k)eine homogene Nation?

In einer Umfrage der Freien Welt widerspricht die überwältigende Mehrheit der Teilnehmer der These des Bundespräsidenten, der das Ende Deutschlands als homogene Nation postulierte. Freie-Welt-Herausgeber Sven von Storch bezeichnet angesichts dieses Ergebnisses Gaucks Ansicht für realitätsfern.

Es ist ein neuer Rekord für die Freie Welt: Innerhalb einer Woche nahmen mehr als 7.000 Bürger an der Umfrage teil. Die Frage lautete: „Unterstützen Sie die Forderung des Bundespräsidenten Gauck, dass wir uns von der Vorstellung von Deutschland als homogener Nation trennen müssen?“

96,7 % beantworteten das mit „Nein“. Dieser Wert ist an Eindeutigkeit schwer zu überbieten. Der Herausgeber der Freien Welt Sven von Storch dazu: „Dieses Ergebnis zeigt, daß Bundespräsident Gauck nicht die Unterstützung der Menschen dieses Landes hat.“ Gaucks Aussage gehe völlig an der Realität vorbei, so von Storch weiter.

Wien: Arbeitslosenzahlen werden weiter explodieren

Der Abwärtstrend in Wien sei noch nicht gestoppt, warnt jetzt auch Wirtschaftskammerpräsident Walter Ruck:

„Die Arbeitslosigkeit wird weiter steigen, noch heuer auf über 14 Prozent.“ Die Hauptursachen für die Krise laut Ruck: Unternehmen werden aus der Stadt gedrängt, ständig steigen die Sozialausgaben, gleichzeitig fehlen nachhaltige Investitionen der Stadtregierung.

„Auch unsere Prognosen zur Neuverschuldung wurden von der Finanzstadträtin als ‘Fantasiedaten’ verlacht – und mußten dann später bestätigt werden. Jetzt sagen unsere Experten: Die Arbeitslosigkeit wird in Wien weiter steigen, noch heuer von jetzt 13,5 auf über 14 Prozent“, erklärt Wiens Wirtschaftskammerpräsident.

Wie berichtet, kletterte in Wien die Arbeitslosigkeit bei jungen Männern (bis 25 Jahre) auf 31 Prozent. Dazu Ruck: „Kein Wunder, wenn bei uns Betriebe aus der Stadt gedrängt werden. In nur acht Jahren hat Wien 350 Hektar an Betriebsflächen verloren – das sind 500 Fußballfelder. Der Stadt, in die jährlich 40.000 Menschen ziehen, fehlen Unternehmen, in denen sie Jobs finden. Wien darf nicht zur reinen Schlafstadt werden.“

Kritik an rot-grüner Arbeitsmarktpolitik

Daß die Stadtregierung stets mit der „allgemeinen Wirtschaftskrise“ die miesen Arbeitslosenzahlen erklären will, läßt Ruck nicht gelten: „Schauen wir doch nach Berlin: Dort ist die Arbeitslosigkeit viel geringer. Und die Berliner haben ebenso große Herausforderungen wie wir. Es geht also sehr wohl darum, welche Maßnahmen von der Politik gesetzt werden.“

Der weiterhin starke Zuzug nach Wien verschärfe dazu noch die Situation, sagt Ruck: „Es ist noch immer nicht klar, welches Produktionsniveau die Flüchtlinge mitbringen. Wir müßten doch längst wissen: Wie viele von ihnen bleiben Dauer-Alimentierungsfälle? Bei den zugezogenen Tschetschenen waren es fast 50 Prozent.“

Und die mit den Flüchtlingswellen explodierenden Sozialhilfe-Ausgaben verhindern nachhaltige Investitionen in die Infrastruktur, kritisiert Ruck: „Diese Investitionen würden die so dringend nötigen Jobs bringen. Aber die Stadt schafft’s ja nicht einmal, eine weitere Donauquerung zu bauen.“

ZITAT

... und wenn ihr dann in vielen Jahren sterbend in eurem Bett liegt, wärt ihr dann nicht bereit jede Stunde einzutauschen von heute bis auf jenen Tag, um einmal nur, ein einziges Mal nur wieder hier stehen zu dürfen, um unseren Feinden zuzurufen: „Ja sie mögen uns das Leben nehmen, aber niemals nehmen sie uns - UNSERE FREIHEIT!!!“

William Wallace

Nazi-Posting

Pikante Internet-Affäre in der Region Lilienfeld: Nach der Präsidentschaftswahl hatte ein ortsbekannter Linkslinker die Hofer-Wähler in einem Posting mit ordinären Worten ins Nazi-Eck gerückt. Wenig später schien auf, dass just VP-Bezirksobmann Karl Bader die Botschaft „gelikt“ habe. Daraufhin gingen die Wogen hoch.

Von „Nazi-Republik“ und anderen Grauslichkeiten faselt Fritz K. in seinem Internet-Eintrag und zieht verbal über alle Hofer-Wähler her. Darunter zu sehen: ein Bild des VP-Abgeordneten Karl Bader mit dem Daumen-hoch-Button. „Wenn dem Bezirksobmann der Volkspartei so etwas gefällt, dann ist das eine unfäßbare Entgleisung“, wettert FP-Landesparteiensekretär Christian Hafenecker, der selbst im Bezirk Lilienfeld daheim ist. Er hat umgehend bei der Staatsanwaltschaft Anzeige gegen K. wegen Verhetzung eingebracht. Von Bader fordert Hafenecker eine sofortige Entschuldigung: „Als ausgebildeter Geschichtelehrer müßte Bader wissen, was Nazis sind. Knapp 50 Prozent der Wähler ein solches Gedankengut zu unterstellen, ist niederträchtig.“

Keiner Schuld bewußt ist sich Karl Bader: „Als ich von dem Posting erfahren habe, ließ ich es gleich entfernen.“ Unbekannte haben offenbar den Account des Politikers „gehackt“. Bader: „Mir käme ja nie in den Sinn, jemanden so zu verunglimpfen. Fremde greifen auf meinen Internet-Account zu. Es wurden auch schon Sex-Videos in meinem Namen gepostet.“

Lesen Sie auch **KOMMENTARE ZUM ZEITGESCHEHEN**

Probeexemplare der KOMMENTARE erhalten Sie unter der Adresse:

A 1171 Wien, Postfach 543. Helfen Sie uns bei der Verbreitung unserer Zeitungen und Flugschriften!

Wiener Beobachter, Folge 257 - Herausgeber: AFP, Arbeitskreise W, NÖ, B.

Medieninhaber: Manfred Hubral, alle einschließlich Redaktion: Krauseg. 14, 1110 Wien;

e-Post: wienbeobachter@mail.ru, Internetz: www.volksherrschaft.info

Blattlinie: Der **Wiener Beobachter** tritt für die Verwirklichung der Grund- und

Freiheitsrechte aller Völker ein. - P.b.b. * Vertragsnummer: GZ 02Z031542M * Erscheinungsort: Wien *

Verlagspostamt: 1170 Wien